



Zypries: "Der Mieterstrom kommt"

Die Bundeswirtschaftsministerin über die Dringlichkeit des Netzausbaus sowie die geplante Einführung eines Mieterstrommodells. [Zum Video](#)



Zypries: "Der Mieterstrom kommt"

Die Bundeswirtschaftsministerin über die Dringlichkeit des Netzausbaus sowie die geplante Einführung eines Mieterstrommodells.



"Wir brauchen einen Schub bei der Genehmigung von Netzevorhaben", forderte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries bei ihrer Festrede zum Neujahrsempfang des Bundesverbands Erneuerbare Energie am vergangenen Donnerstag in Berlin. "Wir freuen uns auf der einen Seite über den Ausbau [der erneuerbaren Energien], auf der anderen Seite erfüllt er uns mit Sorge, weil der Netzausbau eben nicht mit derselben Geschwindigkeit vorankommt." Es ergebe keinen Sinn, Strom zu produzieren, der nicht bis zum Verbraucher transportiert werden kann.

"Die einzige nachhaltige Antwort ist ein beschleunigter Netzausbau", so Zypries. Bis 2025 müssten die großen Gleichstromtrassen, die den Strom vom Norden in den Süden transportieren, gebaut sein. Für diese Verfahren sei der Bund zuständig und die Bundesregierung tue alles, um sie zügig voranzubringen. Mit dem [Vorrang für Erdkabel](#) sei ein Durchbruch erzielt worden. Bis zur Fertigstellung der Trassen entscheide aber der Ausbau im sogenannten Startnetz, wie viel Strom transportiert werden könne. Für diese Vorhaben sind größtenteils die Länder zuständig.

Mieterstrom: Gesetz soll noch in dieser Periode verabschiedet werden

Brigitte Zypries kündigte in ihrer Rede außerdem einen Gesetzentwurf zum sogenannten [Mieterstrom](#) an: "Wir wollen, dass künftig auch Mieter am Ausbau der Erneuerbaren beteiligt werden." Die Koalitionsfraktionen hätten sich auf Eckpunkte für ein Mieterstrommodell geeinigt. Es soll noch in dieser Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet werden.

Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der von einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt und an die Mieter dieses Gebäudes geliefert wird. Anders als beim Strombezug aus dem Netz entfallen Netzentgelte, netzseitige Umlagen, Stromsteuer und Konzessionsabgaben. Die EEG-Umlage muss jedoch gezahlt werden. Der von den Mietern nicht verbrauchte Strom wird ins öffentliche Netz eingespeist und vergütet. Derzeit ist Mieterstrom in der Regel nicht wirtschaftlich, weil zusätzlicher Aufwand für Abrechnung, Vertrieb und Messwesen entsteht. Eine verbesserte Förderung soll das ändern, um Mieter und Vermieter stärker an der Energiewende zu beteiligen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ BMWi-Dossier "Netze und Netzausbau"\]](#)

[\[→ Brigitte Zypries im Interview mit der WAZ zur Sicherheit der Stromversorgung\]](#)

[\[→ BMWi-Studie zu Mieterstrom\]](#)

Einsparziele im Gebäudebereich: Wie weit sind wir?

Die Klimaschutzziele der Bundesregierung für den Gebäudebereich sind ambitioniert. Wo stehen wir bei der Umsetzung? Eine Bestandsaufnahme.



© Fotolia.com/weseetheworld

Zugegeben, das Ziel ist hochgesteckt: Im Jahr 2050 soll der Gebäudebestand in Deutschland nahezu klimaneutral sein. Derzeit entfallen noch rund 35 Prozent unseres gesamten Endenergieverbrauchs auf den Gebäudebereich; knapp ein Drittel der Treibhausgasemissionen entsteht dort. Vor allem für das Heizen und Erwärmen von Wasser benötigen wir noch zu viel Energie. Wie weit sind wir also auf dem Weg zur weitgehenden Treibhausgasneutralität im Gebäudebereich?

Die Stellschrauben: Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Schauen wir uns zunächst an, welche Größen dafür ausschlaggebend sind. Um den tatsächlichen klimarelevanten Heizenergiebedarf von Gebäuden zu bestimmen, betrachtet man die Primärenergie. Dazu zählt neben der im Gebäude verbrauchten Energie auch die Energiemenge, die vorher für Gewinnung, Umwandlung und Verteilung der Energie beziehungsweise der Energieträger benötigt wird (mehr zu "Primärenergie" lesen Sie [hier](#)). Damit der Gebäudebestand in Deutschland nahezu klimaneutral werden kann, muss der Primärenergiebedarf bis 2050 verglichen mit 2008 um etwa 80 Prozent sinken. Dabei kommt es zum einen darauf an, dass wir Energie viel effizienter nutzen, etwa durch moderne Heizanlagen, hocheffiziente Fenster und natürlich auch eine gut gedämmte Gebäudehülle (Antworten auf häufige Fragen zur "Wärmedämmung" finden Sie [hier](#)). Zum anderen liegt der Schlüssel in der Umstellung auf erneuerbare Energien. Die Nutzung von Solarenergie, Geothermie oder Abwärme ist zum Beispiel weitgehend klimaneutral.

Zwischenbilanz: Viel erreicht, aber weitere Anstrengungen nötig

Der im Dezember 2016 veröffentlichte fünfte [Monitoring-Bericht](#) der Bundesregierung zeigt, dass wir sowohl beim Wärmebedarf als auch bei den erneuerbaren Energien große Fortschritte erzielt haben.

Beim Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch hatten wir 2015 mit 13,2 Prozent das für 2020 gesteckte Zwischenziel von 14 Prozent schon fast erreicht. Beim Wärmebedarf von Gebäuden sind wir ebenfalls auf dem richtigen Weg, wenn auch weitere Anstrengungen nötig sind. Hier lagen wir 2015 bei -11,1 Prozent. Das Ziel für 2020 beträgt -20 Prozent. Der Primärenergiebedarf des Gebäudebereichs konnte in den vergangenen Jahren spürbar gesenkt werden, zwischen 2008 und 2015 um 15,9 Prozent – und das gelang, obwohl die Neubauaktivitäten und Wohnflächen in diesem Zeitraum zunahmen.

Um die weitgehende Klimaneutralität im Gebäudebereich zu erreichen, hat die Bundesregierung schon 2015 die "[Energieeffizienzstrategie Gebäude](#)" verabschiedet. Die wichtigsten Maßnahmen: die energetischen Anforderungen an Gebäude sollen weiterentwickelt, Investitionen in die Energieeffizienz gefördert und der Sektor auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Außerdem sollen Energieberatung und Informationsangebote ausgebaut werden.

Förderprogramme werden kontinuierlich verbessert

Wer in die Energieeffizienz seiner Immobilie oder in die Nutzung erneuerbarer Energien investiert, kann nicht nur seine Energiekosten deutlich senken, sondern wird darüber hinaus auch finanziell gefördert. Die Bundesregierung unterstützt Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen bis 2020 mit über 17 Milliarden Euro bei ihren Maßnahmen für mehr Energieeffizienz. Die wichtigsten Förderbereiche im Überblick:

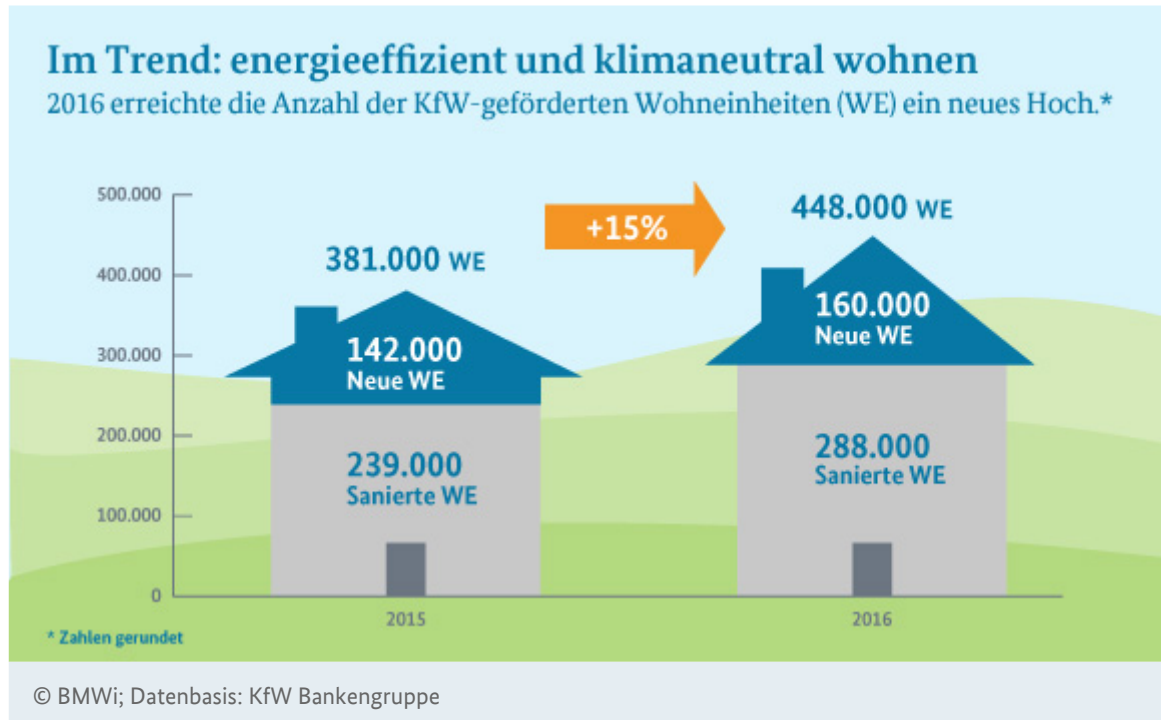
- **Energieeffizient Bauen und Sanieren:** Die im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm aufgelegten KfW-Programme für Energieeffizientes Bauen und Sanieren sind ein Zugpferd der Energiewende. Seit 2006 wurden mehr als 4,6 Millionen Wohneinheiten energieeffizient saniert oder neu gebaut (mehr dazu in unserer [Infografik](#)). Jedes zweite neu errichtete Haus in Deutschland wird KfW-gefördert, hat also einen höheren Standard als die Energieeinsparverordnung (EnEV) vorschreibt. Die Programme werden ständig weiterentwickelt. 2016 etwa kam der neue Förderstandard "[KfW-Effizienzhaus 40 Plus](#)" hinzu, mit dem sehr energieeffiziente Wohngebäude besonders gefördert werden.
- **Heizen mit Erneuerbaren:** Das [Marktanreizprogramm \(MAP\)](#) fördert Anlagen, die erneuerbare Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung nutzen, zum Beispiel Solarthermieanlagen, Wärmepumpen oder Biomasseanlagen. Seit der Novellierung 2015, bei der die Fördermöglichkeiten ausgebaut wurden, ist die Zahl der Förderanträge deutlich gestiegen. 2016 gingen über 70.000 Anträge ein, mehr als 180 Millionen Euro an Fördermitteln wurden bewilligt.
- **Effizient heizen:** Im vergangenen Jahr sind mit dem [Anreizprogramm Energieeffizienz](#) die beiden oben genannten Programme erweitert worden, um besonders effiziente Kombilösungen in den Bereichen "Heizen und Lüften" zu fördern (mehr dazu [hier](#)). Der Einbau energieeffizienter Pumpen und die Optimierung bestehender Heizungsanlagen werden im [Förderprogramm Heizungsoptimierung](#) unterstützt.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Dossier "Gebäude energieeffizienter machen"\]](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "Energieeffizienzstrategie Gebäude"\]](#)
 - [\[→ Überblick Förderprogramme\]](#)
 - [\[→ Sanierungskonfigurator des BMWi\]](#)
-

Energieeffizient und klimaneutral wohnen: Neues Förderhoch

Mit Unterstützung geht's leichter: Häuslebauer und Immobilienbesitzer greifen gern auf die Förderprogramme für energieeffizientes Bauen und Sanieren zurück. 2016 lag die Zahl der geförderten Wohneinheiten 15 Prozent über dem Vorjahreswert.



Rund 448.000 Wohneinheiten sind im vergangenen Jahr mithilfe einer KfW-Förderung energieeffizient saniert oder neu gebaut worden. Das entspricht einer Steigerung von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Einen Beitrag dazu leistete auch das am 1. Januar 2016 gestartete Anreizprogramm Energieeffizienz (APEE). Allein darüber wurden rund 31.000 Sanierungsmaßnahmen realisiert. 2015 wurden der Bau oder die Sanierung von rund 381.000 energieeffizienten Wohneinheiten gefördert.

Die KfW bietet, über die vom Bund aufgelegten Förderprogramme, zinsgünstige Kredite und Zuschüsse für alle an, die energieeffizient bauen oder sanieren. Dafür verwendet die staatliche Förderbank Mittel aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und dem APEE des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). 2016 belief sich die Höhe der zugesagten Zuschüsse und Kredite in den KfW-Programmen für energieeffizientes Wohnen auf 15,5 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor lag diese Summe bei 10,6 Milliarden Euro.

Erneuerbare Energien im Wärmemarkt ebenfalls gefragt

Auch die Nutzung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt wird unterstützt. Im Jahr 2016 konnten rund 69.000 Maßnahmen über das Marktanreizprogramm (MAP) des BMWi gefördert werden. Im Vergleich zu den rund 40.000 geförderten Maßnahmen im Jahr 2015 entspricht dies einem Anstieg

um rund 73 Prozent. Ein Großteil der geförderten Maßnahmen bezog sich auf die Errichtung von Solarkollektoren und Biomasseanlagen, aber auch auf den Einsatz von Wärmepumpen.

Qualität der Sanierungen wichtiger als bloße Anzahl

Um eine KfW-Förderung zu erhalten, müssen Häuslebauer und Immobilienbesitzer bei Neubau oder Sanierung Energieeffizienzstandards erfüllen, die über die Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV) hinausgehen. Das gilt für Wohnraum ebenso wie für Gewerbeimmobilien oder kommunale beziehungsweise soziale Gebäude. Auch eine Förderung von Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen, ist nur möglich, wenn diese gewisse technische Mindestanforderungen erfüllen.

Die bloße Anzahl der energetischen Sanierungen wird von der Bundesregierung nur als sogenannter grober Indikator verwendet, um den Fortschritt auf dem Weg zu einem weitgehend klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 zu erfassen. Neben der reinen Anzahl von Sanierungen spielen bei der Steigerung der Energieeffizienz die Qualität und die Hochwertigkeit der Sanierungen eine zentrale Rolle. Auch der Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt ist ein wichtiger Indikator. Daher verwendet die Bundesregierung in ihrem jährlich veröffentlichten [Monitoring-Bericht](#) auch den Wärmebedarf, den Anteil erneuerbarer Energien sowie den Primärenergiebedarf als Zielgrößen. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ Broschüre "Bringen Sie Ihr Haus in Bestform"\]](#)
 - [\[→ KfW-Förderprogramme für energieeffizientes Sanieren\]](#)
 - [\[→ KfW-Förderprogramme für energieeffizientes Bauen\]](#)
 - [\[→ Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmemarkt – BAFA-Teil\]](#)
 - [\[→ Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmemarkt – KfW-Teil\]](#)
-

Neue Online-Plattform mit Daten zum Strommarkt

Experten, die sich mit dem deutschen oder europäischen Strommarkt befassen, können jetzt leichter auf Daten zugreifen. Die vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Plattform "Open Power System Data" stellt die Daten gesammelt und aufbereitet zur Verfügung.



© fotolia/denisismagilov

Ob Informationen zur installierten Kraftwerksleistung oder zur Stromnachfrage – wer sich auf wissenschaftlicher Ebene mit dem Strommarkt befasst, braucht eine Fülle von Daten. Das Problem bislang: Die Daten sind zwar irgendwo im Netz verfügbar, aber teils schwer auffindbar und dann oft von unterschiedlicher Qualität und in verschiedenen Formaten erhältlich. Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderte Projekt "Open Power System Data" soll dabei helfen, Ordnung in den "Datenwust" zu bringen.

Forscher sparen wertvolle Zeit

Auf ihrer [Internetseite](#) stellen die Projektpartner gesammelte Daten für Wissenschaftler und andere Experten zur Verfügung, die sich mit dem Strommarkt befassen. "Wir wollen alle wichtigen Eingangsdaten zur Modellierung des deutschen und europäischen Strommarkts an einem Ort bereitstellen", erklärt Martin Jahn von der Europa-Universität Flensburg, die das Projekt koordiniert. Daneben gehören das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, die Technische Universität Berlin und das Unternehmen Neon Neue Energieökonomik GmbH zum Projektteam. Die Beteiligten trugen Daten aus mehr als 100 Quellen zusammen und bereiteten sie auf. So sparen die Nutzer der Plattform wertvolle Zeit bei der Recherche, die sie stattdessen für ihre eigentliche Forschungsarbeit verwenden können. Im November 2016 ging die Plattform in Betrieb. Kürzlich erhielt das Team den "Open Science Award" des Landes Schleswig-Holstein.

Was steckt hinter Open Data?

Das Konzept "Open Data" steht für die Öffnung von Daten für die freie Weiterverwendung durch Dritte. Die Art der Verwendung ist nicht beschränkt, sie kann von bloßer Information und Auswertung bis zu wirtschaftlicher Nutzung reichen. Daten der öffentlichen Verwaltung haben dabei einen hohen Stellenwert, denn der öffentliche Sektor erfasst, erstellt und reproduziert ein breites Spektrum an Informationen in Bereichen wie Wirtschaft, Geografie, Soziales, Verkehr und Tourismus. Besonders geschützt bleiben dagegen sensible Informationen wie personenbezogene Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder sicherheitsrelevante Daten. Das BMWi stellt bestimmte Informationen in offenen Datenformaten bereit. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[→ [Online-Plattform "Open Power System Data"](#)

[→ [BMWi-Themenseite "Open Data"](#)

[→ [Open-Data-Angebote des BMWi](#)

Was ist eigentlich ein "atmender Deckel"?

Deckel drauf und gut? Nein, so einfach lassen sich die Zubauzahlen bei erneuerbaren Energien nicht steuern. Die Förderhöhe für Photovoltaik-Dachanlagen wird mithilfe eines "atmenden Deckels" bestimmt. Wie diese Atmung funktioniert, lesen Sie [hier](#).



© BMWi

Darum geht's: Den Ausbau der erneuerbaren Energien steuern

Etwas deckeln – diesen Ausdruck kennt man. Wer Ausgaben deckelt, begrenzt ihren Anstieg nach oben. Meist ist dieser Deckel fest verschraubt wie bei einem Marmeladenglas. Die Botschaft lautet: So viel soll rein und nicht mehr. Ein "atmeder Deckel" hingegen passt sich dem Füllstand des Gefäßes an: Wird das Gefäß zu voll, drückt er nach unten und verhindert so, dass mehr hineinkommt. Bei niedrigem Füllstand kann sich der Deckel aber auch nach oben wölben, um das Volumen des Inhalts durch Unterdruck zu vergrößern.

Beim "atmenden Deckel" handelt es sich um ein bewährtes Instrument des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Er wurde als Marktinstrument mit dem EEG 2012 eingeführt und hat erfolgreich zur Senkung der Vergütungssätze bei Photovoltaik (PV)-Anlagen beigetragen. Grundidee: Bei starkem Marktwachstum und damit verbundenen hohen Zubauzahlen sinken die Vergütungssätze schneller als bei langsamem Marktwachstum und niedrigeren Zubauzahlen.

Bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014 wurde diese Logik auf Windenergie an Land und Biomasse übertragen. Mit der Novelle war das Ziel verbunden, den Ausbau der erneuerbaren Energien stärker zu steuern und den Kostenanstieg bei der Einspeisevergütung spürbar zu bremsen. Für den jährlichen Zubau der einzelnen Technologien wie PV oder Windenergieanlagen wurden deshalb Ausbaupfade definiert. In bestimmten Zeitabständen werden die Fördersätze um einen festgelegten Prozentsatz reduziert, es sei denn – und hier kommt die Atmung ins Spiel – der Zubau der installierten Leistung liegt stark über oder unter dem im EEG definierten Ausbaupfad. Dann wird dieser Prozentwert, auch Degression genannt, angepasst, um gegebenenfalls über einen geringeren oder höheren Vergütungsanreiz die Menge der installierten Leistung zu steuern. Zuständig für die Anpassung und Veröffentlichung der Fördersätze ist die Bundesnetzagentur.

Beispiel Photovoltaik: Fördersatz bleibt stabil

Bei der Vergütung von PV-Anlagen funktioniert der atmende Deckel folgendermaßen: Bewegt sich der Zubau von PV-Anlagen im Zielkorridor, wird die Förderung monatlich um 0,5 Prozent gekürzt. Liegt der Zubau über dem Korridor, wird die Förderung noch stärker abgesenkt – um bis zu 2,8 Prozent pro Monat. Bleibt der Zubau hinter den Zielvorgaben zurück, wird weniger stark gekürzt, gar nicht gekürzt oder die Einspeisevergütung sogar erhöht.

Seit dem 1. Oktober 2015 sind die Fördersätze für PV-Anlagen stabil. Die Degression wurde ausgesetzt, beträgt also 0 Prozent. Der Grund: Der Zubau von PV-Anlagen blieb mit jeweils rund 1.500 Megawatt (MW) in den vergangenen beiden Jahren hinter dem Ausbaupfad von 2.500 MW zurück. Zum Vergleich: 1.500 MW entsprechen etwa 50.000 PV-Anlagen unterschiedlicher Größenklassen.

Der Bezugszeitraum für den atmenden Deckel beträgt seit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2017 ([EEG 2017](#)) nur noch sechs Monate statt einem Jahr. So kann der atmende Deckel schneller auf Marktentwicklungen reagieren. Nach dem neuen EEG dürfen auch die Vergütungssätze etwas schneller wieder steigen, wenn der Zielkorridor deutlich unterschritten wird. Das wäre bei einem Zubau von weniger als 1.400 MW der Fall.

Für Solaranlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 750 Kilowatt (kW) wird die Förderhöhe inzwischen über wettbewerbliche Ausschreibungen ermittelt (mehr dazu lesen Sie [hier](#)). Kleine PV-

Anlagen bis 750 kW, zu denen auch Solaranlagen auf privaten Ein- und Zweifamilienhäusern zählen, erhalten weiterhin die feste, gesetzlich geregelte Einspeisevergütung, die mithilfe des atmenden Deckels bestimmt wird.

Beispiel Windenergie an Land: Fördersatz sinkt

Auch bei Windenergieanlagen an Land wird die Höhe der Vergütung seit 1. Januar 2016 durch das System des atmenden Deckels gesteuert. Weil der Netto-Zubau seit Beginn des sogenannten Bezugszeitraums immer deutlich über dem Zielkorridor von 2.400 bis 2.600 MW pro Jahr lag, wurden die Fördersätze seit Einführung des atmenden Deckels um 6 Prozent gesenkt. Wegen des starken Zubaus hat der Gesetzgeber kurzfristig eine gesonderte Reduzierung festgelegt: Von März bis August 2017 wird die Vergütung um monatlich 1,05 Prozent verringert. Ab Oktober 2017 setzt dann wieder die quartalsweise Vergütungsabsenkung nach dem Prinzip des atmenden Deckels ein. Ab dann wird die Einspeisevergütung bei anhaltend sehr starken Zubauraten von über 3.500 MW jährlich um 2,4 Prozent pro Quartal reduziert. So ist es durchaus möglich, dass Windenergieanlagen, die im ersten Quartal 2018 in Betrieb gehen, nur noch etwa 7,5 Ct/kWh erhalten. Das wäre dann im Vergleich zum Jahr 2015 eine Reduzierung um mehr als 15 Prozent.

In Zukunft wird die Förderhöhe nicht mehr durch den atmenden Deckel festgelegt, sondern ebenfalls durch Ausschreibungen ermittelt. Dabei gilt eine Übergangsregelung: Betreiber von Anlagen, die bis Ende 2016 genehmigt worden sind und bis Ende 2018 in Betrieb gehen, können sich bis 28. Februar 2017 entscheiden, ob sie an den wettbewerblichen Ausschreibungen teilnehmen oder wie bislang eine Vergütung nach festem Satz und unter dem atmenden Deckel in Anspruch nehmen wollen. Insgesamt sollen in diesem Jahr 2.800 MW ausgeschrieben werden. Am 1. Mai 2017 findet die erste Ausschreibungsrunde für Anlagen ab einer installierten Leistung von 750 kW statt.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Dossier "Erneuerbare Energien"\]](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "EEG 2017"\]](#)
 - [\[→ Informationsportal Erneuerbare Energien\]](#)
 - [\[→ Daten der Bundesnetzagentur zu Zubau und Förderung von EEG-Anlagen\]](#)
 - [\[→ Informationen zu Ausschreibungen\]](#)
-

Energiewende zum Mitmachen: Sonderausstellung in München eröffnet

Das Deutsche Museum in München will mit einer neuen Ausstellung für eine nachhaltige Energieversorgung begeistern. In einem Simulationsspiel können die Besucher den Verlauf der Energiewende beeinflussen. 2018 soll die Ausstellung auf Welttournee gehen.



© Deutsches Museum

In der vergangenen Woche ist die Sonderausstellung "energie.wenden" im Deutschen Museum in München eröffnet worden. Sie macht die Knackpunkte auf dem Weg zur nachhaltigen Energieversorgung erfahrbar – mit Exponaten, Mitmach- und Medienstationen. Hauptzielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene. Sie erleben in neun Themenbereichen, wie komplex die Energiewende ist und wie jeder Bürger ihren Verlauf mitgestalten kann.

Besucher erfahren, welcher "Energiewende-Typ" sie sind

Highlight der Ausstellung ist ein Simulationsspiel, in dem die Besucher die Rolle von Politikern übernehmen. Sie lernen unterschiedliche Akteure der Energiewende kennen, etwa einen Landwirt oder einen Stromnetz-Techniker. Alle stellen gut begründete Forderungen, und die Besucher müssen sich zwischen verschiedenen Standpunkten entscheiden. So beeinflussen sie den Verlauf der Energiewende in verschiedenen Bereichen wie Strommarkt, Wärme oder Elektromobilität. Am Ende erfahren die Besucher, welcher "Energiewende-Typ" sie sind. "Das macht richtig viel Spaß, erweitert aber gleichzeitig das Wissen um die Energiewende erheblich", sagt Sarah Kellberg, Leiterin des Sonderausstellungsteams.

Neben der Simulation gibt es auch ganz reale Exponate zu bestaunen, wie einen Tesla Roadster. Außerdem zu sehen: eine große Pferdekopfpumpe, wie sie noch heute auf vielen Ölfeldern eingesetzt wird. Im Innenhof des Museums folgt eine Solarblume dem Lauf der Sonne und produziert so 4.000

Kilowattstunden Strom pro Jahr. Alle Texte der Ausstellung sind in Deutsch und Englisch verfasst; auch die Videos haben eine entsprechende Untertitelung und sind somit für ein internationales Publikum geeignet. Die Ausstellung ist bis 19. August 2018 in München zu sehen. Anschließend geht sie – gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – auf Wanderschaft durch verschiedene internationale Museen, um auch dort das Interesse für die Energiewende zu wecken.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[↳ Sonderausstellung "energie.wenden" im Deutschen Museum in München](#)

Zitat der Woche



"Erneuerbare Energien sind nicht nur die ökologisch, sondern auch die ökonomisch klügere Alternative – denn sie schaffen nachhaltige Arbeitsplätze, sorgen für Innovation und sind ein Gewinn für die Regionen."

Dr. Fritz Brickwedde, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE)

Pressestimmen

Diesmal in den Pressestimmen: Reduzierter Energieverbrauch in der EU, Bürger helfen bei der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle, strengere Regeln für den Emissionshandel sowie grünes Licht aus Brüssel für die Förderung der deutschen Ladeinfrastruktur.



© Knipserin – Fotolia.com

stern.de, 20.02.17: "EU verbraucht weniger Energie als vor 25 Jahren"

Trotz Wirtschaftswachstum verbrauchen Bürger und Unternehmen in der Europäischen Union inzwischen weniger Energie als vor 25 Jahren. Auch der deutsche Verbrauch sank deutlich. "Stern Online" hat aktuelle Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat unter die Lupe genommen.

sueddeutsche.de, 19.02.17: "Alle reden mit"

Zufällig ausgewählte Bürger helfen bei der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle. Die "Süddeutsche Zeitung" hat eine 23-jährige Studentin bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit begleitet.

zeit.de, 15.02.2017: "Emissionshandel: EU-Parlament stimmt für strengere Regeln"

Damit Europa seine Klimaziele erreichen kann, sollen Emissionsrechte künftig knapper und teurer werden. Doch Umweltverbänden geht die Entscheidung der EU-Kommission nicht weit genug, wie "Zeit Online" schreibt.

heise.de, 13.02.17: "Elektroautos: EU-Kommission genehmigt deutsche Ladeinfrastruktur-Förderung"

Die EU-Kommission hat das 300 Millionen Euro umfassende Förderprogramm der Bundesregierung genehmigt. Ab 1. März 2017 können private Investoren, Städte und Gemeinden Förderanträge stellen. Mehr bei "Heise Online".

Forschungsnetzwerk: Baake eröffnet 1. Vollversammlung der Photovoltaik-Sparte

Entwicklung und strategische Forschungsschwerpunkte der Photovoltaik sind Thema der 1. Vollversammlung der Photovoltaik-Sparte des Forschungsnetzwerks „Erneuerbare Energien“. Gestern hat BMWi-Staatssekretär Rainer Baake die Tagung in Berlin eröffnet.

Windenergie: Verordnung zum Netzausbauggebiet erlassen

Die Bundesnetzagentur hat im Einvernehmen mit dem BMWi die Verordnung zur Einrichtung und Ausgestaltung eines Netzausbaugebiets erlassen. Damit soll der Ausbau der Windenergie in Norddeutschland besser mit dem Netzausbau synchronisiert werden.

Jetzt für die Exzellenzinitiative "Klimaschutz-Unternehmen" bewerben

Unternehmen, die in puncto Klimaschutz und Energieeffizienz innovative und ambitionierte Wege einschlagen, können sich bis zum 31. März 2017 um die Aufnahme in die Exzellenzinitiative "Klimaschutz-Unternehmen e. V." bewerben. Das BMWi beteiligt sich über einen Beirat am Auswahlverfahren neuer Mitglieder und hilft dem Verein, sein Engagement für vorbildliche Effizienzmaßnahmen sichtbar zu machen.

"Strom 2030": Ergebnisbericht zur Rolle von KWK-Anlagen veröffentlicht

Mit der zukünftigen Rolle von KWK-Anlagen befasst sich ein Bericht, der in der vergangenen Woche als Teil des Konsultationsprozesses zum Strommarkt der Zukunft ("Strom 2030") veröffentlicht worden ist. Der Ergebnisbericht zum Trend

7 resümiert: "Moderne KWK-Anlagen produzieren den residualen Strom und tragen zur Wärmewende bei".

Bundesnetzagentur erteilt Zuschläge in erster Solarausschreibung

Die Bundesnetzagentur hat in der ersten Solarausschreibung nach dem EEG 2017 38 Gebote ausgewählt. Der durchschnittliche Zuschlagswert liegt bei 6,58 ct/kWh. Er ist damit im Vergleich zur letzten Runde der Pilotausschreibungen für Solarparks erneut gesunken.

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Kommende Ausgabe am 7. März 2017

Die nächste Ausgabe des Newsletters "Energiewende direkt" erscheint am Dienstag, den 7. März 2017.
